

Nr. 1326 1J

II-2465 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

1987 -12- 0 2

A n f r a g e

der Abg. Dr. Dillersberger, Ing. Murer
an den Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie
betreffend Umweltkampagne 1988

Bei der Behandlung des Kapitels "Umwelt, Jugend und Familie" im Budgetausschuß des Nationalrates am 18.11.1987 kündigte die Frau Bundesminister eine Umweltkampagne 1988 an, in der sie für verstärktes Umweltbewußtsein werben wolle. Zu diesem Behufe habe sie eine Werbeagentur ohne Ausschreibung beauftragt, ein Konzept zu erstellen. Dieses Konzept sei so hervorragend, daß diese Agentur auch mit der Durchführung der Kampagne beauftragt werde.

Nach Auffassung der Anfragesteller ist es angesichts der ernststen Umweltsituation zwar nicht völlig überflüssig, für mehr Umweltbewußtsein zu werben, vorrangig sind inzwischen aber zweifellos wirksame Maßnahmen zum Schutze der Bevölkerung, des Grund- und Oberflächenwassers, der Luft, des Bodens, des Waldes sowie der Tier- und Pflanzenwelt vor Umweltschäden. Folgende Umfrageergebnisse mögen diese Behauptung unterstreichen:

Ein SWS-Meinungsprofil vom Juni 1984 zeigt, daß 58 % der Befragten schon etwas von einem umfassenden Umweltverbesserungsprogramm der sozialliberalen Bundesregierung gehört haben, wobei immerhin 29 % auf bleifreies Benzin, 15 % auf Entschwefelung der Abgase, 15 % auf Verzicht auf kalorische Kraftwerke, 14 % auf den Kampf gegen den sauren Regen, 10 % auf Reinhaltung der Gewässer und andere Maßnahmen hinweisen. Nach einer SWS-Befragung vom November 1984 schlagen 78 % der Befragten den Einbau von Filteranlagen in Kraftwerks- und Industrieanlagen, 48 % eine umweltbewußte Müllablagerung und -wiederverwertung, je 45 % die Errichtung von Kläranlagen und strengere Vorschriften bei der Erzeugung chemischer Produkte, 40 % Abgasminderungen bei Autos und insgesamt 40 % sonstige Maßnahmen zur Individualverkehrs-Beschränkung vor. Eine Mehrheit von 69 % wäre sogar bereit, für die Umweltverbesserung ein monatliches Opfer zwischen 50,- und 500,- öS zu bringen.

-2-

Wie eine im Sommer 1987 veröffentlichte IMAS-Umfrage zeigt, ist diese konstruktive Haltung seither offenbar in Angst und Resignation umgeschlagen: 68 % der Befragten fürchten sich vor atomarer Bedrohung (Tschernobyl und die Folgen), 62 % vor dem Waldsterben, 56 % vor Industrieabgasen und 59 % vor Krebserkrankungen (teilweise Folge von Umwelt- und Zivilisationsschäden).

Dieser Entwicklung mit einer Werbekampagne anstatt mit konkreten Maßnahmen entgegenzutreten zu wollen, kann nicht einmal als Kosmetik, sondern muß schon als Verdrängung unangenehmer Tatsachen gesehen werden.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an die Frau Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie die

A n f r a g e :

1. An welche Agentur erging wann in welchem Umfang ein Auftrag zur Konzepterstellung einer Umweltkampagne 1988 ?
2. Welchen Umfang wird der Folgeauftrag zur Durchführung dieser Kampagne haben ?
3. Warum vergeben Sie solche Aufträge ohne Ausschreibung ?
4. Haben Sie vor der Vergabe des Auftrags eine Kosten-Nutzen-Analyse angestellt ?
5. Welchen Nutzen soll diese Umweltkampagne angesichts der oben zitierten Umfrageergebnisse bringen ?
6. Bei welchen konkreten Umweltmaßnahmen sparen Sie, um die Mittel für die Kampagne freizubekommen ?